

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 093.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Platzvorschrift 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Melame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Neue Erfolge der Militaristen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission gegen den Polizeipräsidenten.

Berlin, 23. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In einer Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission, die gestern stattfand, wurde lebhafteste Klage erhoben, daß der Berliner Polizeipräsident die Abmachungen nach dem Rapp-Putsch über eine Reform der Sicherheitswehr systematisch durchkreuzt. Eine Resolution wurde angenommen, in der es heißt: „Das preussische Ministerium des Innern habe die Zusage gegeben, Vertrauensleute der Gewerkschaften in die Gruppen- und Kommandostrukturen der Sicherheitswehr einzureihen, um den reaktionären Einflüssen entgegenzuwirken und das Vertrauen zwischen Polizei und Bevölkerung herzustellen. Dieses Versprechen ist gebrochen worden. Der Polizeipräsident von Berlin hat die Vorschläge der Gewerkschaften nicht berücksichtigt, sondern entgegen den gegebenen Zusicherungen die oben genannten Stellen eigenmächtig besetzt. Die Verantwortung für die Folgen ablehnend, fordern wir alle in die Sicherheitswehr eingetretenen Gewerkschaften auf, ihre Wünsche und Beschwerden nimmermehr der Gewerkschaftskommission direkt zu übermitteln.“

Von verschiedenen Rednern wurde die Aufstellung einer Einwohnerwehr neben der Sicherheitswehr angeregt. Eine besondere Kommission soll mit militärischen Sachverständigen beauftragt werden, um die Aufstellung von Arbeiterbataillonen vorzubereiten.

In Verhandlungen mit dem Ministerium wurde erreicht, daß eine Kommission der Arbeiter unmittelbar mit den Vertretern der Entente verhandeln sollen, um die Möglichkeit zur Aufstellung von Ortswehren zu erreichen.

Abdankung des Untersuchungsausschusses.

Berlin, 23. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Untersuchungsausschuss im Reichswehrministerium, der zu dem Zwecke eingesetzt war, um eine Untersuchung über die Beteiligung der Offiziere am Rapp-Putsch einzuleiten, ist in seiner gestrigen Sitzung gesprungen worden. Bei der Diskussion stellte sich die Mehrheit der Maßnahmen, die er ausführt, heraus. Der Ausschuss hat nicht die geringste Möglichkeit, ernsthaft auf die Ausführung seiner Beschlüsse zu drängen. Als nunmehr mitgeteilt wurde, daß die Suspendierung des Obersten Bechauer, über die der Ausschuss verhandelte, bereits durch den Reichspräsidenten verfügt sei, entstand die Frage, was denn überhaupt der Untersuchungsausschuss noch für einen Zweck habe. Mit den Stimmen von vier bürgerlichen Vertretern gegen die der zwei Reichssozialisten, bei Stimmhaltung des Demokraten Nuschke und des Genossen Geyer wurde schließlich ein Antrag angenommen, daß die Untersuchungen künftig den einzelnen Degeneraten im Reichswehrministerium zu übertragen seien. Diese Degeneraten sollen allerdings partiell besetzt werden mit einem Degeneraten und einem Mitgliede des Parlaments.

Die Freiheit nennt diesen Beschluß eine Selbstkastrierung des Untersuchungsausschusses. Damit würde die Allmacht des Militärs wieder hergestellt.

Die Einkapselung des Reichswehrministers.

Berlin, 23. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Zu der Wolffschen Meldung, daß der persönliche Stab des Reichswehrministers aufgelöst werden solle, schreibt der Vorwärts: Dem ganzen Stil der Meldung merkt man bereits das militärische Vertuschungs- und Bemäntelungssystem an. Ueber die Notwendigkeit des persönlichen Stabes mag man denken wie man will. Im Augenblick führt die Beseitigung der wenigen zuverlässigen und verfassungstreuen Offiziere aus der Umgebung des Reichswehrministers nur zu dessen weiterer Einkapselung. So sehr wir den Kurs des Herrn von Gilsa bekämpfen haben und noch bekämpfen, diese Entfernung geschieht jedoch nur zu dem Zwecke, um noch weiteren schädlichen Einflüssen die Tür zu öffnen. Die Behauptung, daß persönliche Differenzen bei der Entfernung Gilsas und Hafns nicht vorliegen, erklären wir nach unserer Kenntnis der Dinge schamlos als eine Unwahrheit. Herr von Seeck macht die Bahn frei für seine unumschränkte Allein Herrschaft. Wir warnen, warnen bringend!

Eine Drohung der Marinebrigade.

Berlin, 22. April. In der Nationalversammlung teilte Reichswehrminister Gehler heute bei Besprechung des Reichswahlgesetzes mit, daß eine Abordnung der Marinebrigade im Munsterlager gestern bei ihm gewesen sei und unter Drohungen von ihm verlangt habe, daß der Saftbesehler

gegen Rapp und Ehrhardt zurückgenommen werde und Ehrhardt an der Spitze seiner Truppen bleibe. Der Reichswehrminister habe dies natürlich abgelehnt.

Säuberung in Pommern.

Stettin, 23. April. (TL.) In Greifswald ist gestern auf Veranlassung des Stettiner Polizeipräsidenten von einem großen Aufgebot der Stettiner Sicherheitswehr mit einer großen Anzahl von Kriminalbeamten eine Aktion begonnen worden, die die Säuberung von verfassungseindlichen Elementen bezweckt. Es wurden Durchsuchungen vorgenommen bei studentischen Verbindungen, wie auch bei Einzelpersonen. U. a. ist der von dem Rapp-Putsch her bekannte Hauptmann Gense auf einem Gute in der Nähe von Greifswald festgenommen und in Schutzhaft gebracht worden. In dem hiesigen Gefängnis sollten heute eine große Anzahl von Gefangenen durch zwei Spektationsfirmen nach Königsberg verladen werden. Für welche Zwecke diese Gefangenen bestimmt waren, ist noch nicht festgestellt. Der Polizeipräsident von Stettin hat sie einstweilen beschlagnahmt.

Verhaftungen von Kappisten.

Berlin, 22. April. Rechtsanwalt Brederick, der Presschef der Rapp-Regierung, ist in Belsow bei Potsdam, wo er sich unter dem Namen Ingenieur Karl Schulzig aufhielt, verhaftet und nach Berlin gebracht worden.

Hamburg, 22. April. Der Bürgermeister von Kiel, Dr. Vinde mann, der in den Putsch-Tagen die Interessen der Rapp-Regierung in Kiel vertrat, ist heute morgen hier verhaftet worden.

Allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai in Berlin.

Berlin, 23. April. In der gestrigen Plenarsitzung der Berliner Gewerkschaftskommission wurde mitgeteilt, daß an der Arbeitsruhe am 1. Mai auch die Straßenbahnen teilnehmen werden, so daß der Betrieb der Straßenbahn ruht. Im übrigen sollen nur die lebenswichtigen Betriebe ausreicht erhalten werden.

Revolutionärer Streik in Südrussland.

Englische Blätter berichten aus Belgrad, daß dort ein Generalstreik mit politischer und revolutionärer Tendenz in ganz Südrussland herrsche. Die Arbeiter fordern die sofortige Abdankung des Königs Peter, die Ausrufung der Republik sowie die Einführung von Arbeiterrechten durch den Staat. Die Regierung von Belgrad hat militärische Maßnahmen beraten, um der Lage Herr zu werden. Die serbische Regierung soll zurückgetreten sein. Das Ministerium Praxitsch hat dem Prinzregenten eine Denkschrift über die innere und äußere Lage überreicht, in der auf die Notwendigkeit der Bildung eines Koalitionskabinetts hingewiesen wird. Nach anderen Mittermeldungen wird der Generalstreik in Ruine von der sozialistischen Partei unterstügt, während die Anhänger d'Annunzios behaupten, daß der Streik durch ausländische Elemente verursacht worden sei, um das italienische Element in Ruine zu bringen. Bei einer großen Volksversammlung greifen die Truppen d'Annunzios ein und verhafteten 70 Teilnehmer. Das Volk droht mit einem Angriff auf d'Annunzios und seine Truppen.

Noch keine Räumung des Ruhrgebiets.

Berlin, 23. April. In einer von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris dem Präsidenten der Friedenskommission übergebenen Note ist darauf hingewiesen worden, daß eine weitere Verminderung der Verbände im gegenwärtigen Augenblick nicht angängig ist wegen der Durchführung der politischen Maßnahmen. Die deutsche Regierung hat gebeten, daß die zulässige Truppenzahl entsprechend früheren Anträgen lediglich nach Äpfen bemessen werde. Bezüglich der Artillerie ist um Befassung von 150 Batterien in der 50-Kilometer-Zone gebeten worden. Die deutsche Regierung glaubt, daß sie mit den am 21. April vorhandenen Truppen die Ordnung aufrechterhalten kann. Jede Störung der Ruhe müßte auch die Erfüllung der Bedingungen des Friedensvertrages gefährden. Dem Vorsitzenden des interalliierten Ueberwachungs-ausschusses für das Ruhrgebiet, General Nollet, ist außerdem eine genau Uebersicht der Truppenverbände in der 50-Kilometer-Zone übermittelt worden.

Ausnahme der russisch-italienischen Handelsbeziehungen.

Wie englische Blätter melden, wurde im Unterhause auf eine Anfrage von der Regierung bekräftigt, daß in Genua bereits zwei Schiffe aus Odessa mit Erzeugnissen aus Sowjetrußland eingetroffen sind.

Die sächsische Regierungskrise.

Was nun?

Der gestern bereits angekündigte Rücktritt des Kabinetts Gradnauer ist zur Tatsache geworden. Am Schluß der gestrigen Volkskammersitzung wurde vom Präsidenten Fräßdorf folgende Erklärung des Ministerpräsidenten vorgelesen:

Bereits vor vier Wochen habe ich Ihnen und den beiden Fraktionen, die die Regierung bilden, die Absicht dargelegt, wegen meines Gesundheitszustandes vom Amte zurücktreten zu wollen. Auf Ihr und der beiden Fraktionen Ersuchen habe ich damals von der Ausführung meiner Absicht noch Abstand genommen. Je länger je mehr erkenne ich jedoch, daß ich den Anforderungen des Amtes gegenwärtig nicht genügend gewachsen bin.

Damit kommt ein politischer Anlaß. In verschiedenen Organisationen der sozialdemokratischen Partei ist die Tätigkeit der Regierung in einigen Fragen absprechend beurteilt worden. Ich halte diese Kritik für unberechtigt und zweifle nicht, daß es durch gründliche Aussprache mit den betreffenden Parteioptionen gelingen würde, die vorhandenen Mißverständnisse zu beseitigen. Hierzu aber würde es einer umfassenden Aufklärungsarbeit im Lande bedürfen. Diese Arbeit zu leisten, bin ich gegenwärtig durch meinen Gesundheitszustand verhindert. Aus diesen Gründen erkläre ich hierdurch meinen Rücktritt vom Amte des Ministerpräsidenten. Bis zur Auswahl des Ministerpräsidenten und Neubildung des Ministeriums werden die Amtsgeschäfte von mir und meinen Kollegen fortgeführt werden.

Es sei mir, sehr verehrter Herr Präsident, noch gestattet, hinzuzufügen, daß es in dieser Stunde mein heißester Wunsch ist, daß es meinem von der Volkskammer zu wählenden Nachfolger gelingen möge, mit fester und erfolgreicher Hand das Staatsschiff durch die Stürme dieser unruhigen Zeit in sicheren Hafen zu steuern.

Dieses Schreiben bestätigt nur die seit Wochen bekannte Tatsache, daß die Politik der Gradnauer, Uhlig und Harnisch, die dem Kabinett ihr Gepräge gab, selbst in der eigenen Partei immer mehr an Boden verloren hat. Dabei ist aber besonders hervorzuheben, daß für die Entschädigung der Mehrheit der rechtssozialistischen Fraktion die Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen den Ausschlag gegeben hat. Die Opposition, die sich von Chemnitz aus seit Monaten gegen die sächsische Regierungspolitik wendet, hat durch die Ereignisse der letzten Wochen im Lande immer stärkeren Zuwachs erhalten. Dieser Tatsache mußte auch die Mehrheit der Fraktion schließlich Rechnung tragen, um so mehr, da ihr die Erfahrungen während des Rapp-Putsches gezeigt haben, daß die sozialistischen Minister nicht einmal mehr den Willen und die Kraft hatten, die Forderungen und Beschlüsse der eigenen Partei gegenüber dem bürgerlichen Widerstand durchzusetzen. Unter diesen Umständen mit einem Gradnauer oder Uhlig in den Wahlkampf zu ziehen, konnten die Mehrheitler angesichts der ständig wachsenden Empörung in Arbeiterkreisen und der offenen Mitgliederflucht in ihren Reihen nicht wagen. Diese Erkenntnis mag letzten Endes auch den Anstoß zur Abwinklung Gradnauers gegeben haben.

Damit ist aber die Krise nicht behoben und die Situation nicht geklärt. Es entsteht die Frage: Was nun? Die Frage der Regierungsbildung ist wieder einmal akut geworden, denn die formell zunächst vorzunehmende Wahl des Ministerpräsidenten ist nur möglich, wenn eine Verständigung über die Besetzung des Gesamtministeriums erzielt worden ist. Und über diese Frage scheint in der rechtssozialistischen Fraktion immer noch eine erhebliche Meinungsverschiedenheit zu bestehen. Unsere Parteinstimmen haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß die eventuelle Beteiligung an der Regierungsbildung für uns nur dann diskutabel ist, wenn eine rein sozialistische Regierung in Frage kommt.

Die Chemnitzer Richtung der Mehrheitspartei scheint geneigt, sich dieser Forderung anzuschließen, denn in ihrer Presse sowohl als auch in Versammlungen ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Koalitionspolitik elend Schiffbruch gelitten habe. Ähnliche Stimmen sind auch bei den Berliner Mehrheitlern laut geworden. Demgegenüber halten andre Kreise noch immer an dem Gedanken einer Koalition mit den Demokraten fest. In einer Kreismitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Dresden-Mittestadt machte der Abgeordnete Kühn Stimmung für ein weiteres Zusammenarbeiten. Sindermann schloß sich ihm an, indem er erklärte, in der Regierung sei mit den Unabhängigen nicht zu arbeiten. Und in der Dresdener Volkszeitung spricht Nitsche die Hoffnung aus, daß es den beiden Fraktionen, die seither die Regierung gebildet haben, gelingen werde, zu einer Uebereinstimmung in dieser Frage, das heißt also zu einer neuen